



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/126 - 2.6.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

| | |
|-----------------------------------|------|
| Adenauers Saarpolitik gescheitert | S. 1 |
| EVG und belgische Verfassung | S. 3 |
| FDP-Krise in Niedersachsen | S. 4 |

Noch eine Saardebatte

Von Dr. K. Mommer, MdB

Ehe er fahrplanmäßig am 3. Juli zu seiner letzten Sitzung zusammentritt, muß der Bundestag noch einmal zur Saarfrage Stellung nehmen. Bei der schwankenden Saarpolitik des Bundeskanzlers weiß man nicht, ob die alte Auffassung noch gilt: Daß es sich bei der Saar als einem Teil der französischen Besatzungszone um deutsches Gebiet handelt, dessen so definierter Status mit rechtlicher Wirkung nur in einem Friedensvertrag mit Gesamtdeutschland verändert werden könnte. Die Bundesregierung hat diesen festen Boden längst preisgegeben zugunsten wechselnder, opportunistischer und von der Integrationspolitik her bestimmter Argumente. Nie mehr ist der Kanzler der französischen Aggression mit dem Hinweis auf das Recht und den unverzichtbaren deutschen Anspruch auf die Wiederherstellung unserer Einheit in Ost und West entgegen getreten. Er wünschte nur noch "teilzuhaben" an einem "europäischen", nicht deutschen Gebiet.

Es kann als sicher gelten, daß die Opposition die Saarfrage aufgrund der jüngsten Ereignisse im Bundestag zur Sprache bringen wird. Von den Saarverhandlungen des Kanzlers hat das deutsche Volk nichts, seine parlamentarische Vertretung keineswegs mehr erfahren. Man kann zwar Verständnis dafür haben, daß der Kanzler nicht gerne über eine Frage redet, in der er nur eklatante Mißerfolge aufzuweisen hat. Bis zu den Neuwahlen wird sich kaum noch Bedeutendes ereignen und so wird man die Bilanz von vier Jahren Adenauerscher Saarpolitik ziehen können. "Die Saar ist wichtig, Europa ist wichtiger", so fing er bagatellisierend an.

Die Franzosen begriffen ihre Chance und, überzeugt, daß er es schon schlucken werde, bauten ihre rechtlose Machtposition unbekümmert um Demokratie und europäische Ideologie mit Hilfe des westlichen Grotewohl aus. Der Europa-Rat und die Montan-Union wurden benutzt, das Faktische in die Gewohnheit übergehen zu lassen und ihm ein gutes Stück tatsächlicher internationaler Anerkennung zu verschaffen. Da mit ihm alles so gut glückte, wurde man immer

frecher und ging aufs Ganze. Der frühere Außenminister Bidault sagte am 20. Mai anlässlich der Unterzeichnung der neuen Konventionen mit der separatistischen Regierung: Frankreich sei sich bewusst, "daß die Fortführung jeder europäischen Einigungspolitik von nun an eine vorübergehende und endgültige Regelung des Saarproblems bedingt", Europa habe die Wahl, "an der Saar seinen Weg oder sein Hindernis zu finden".

So setzt der Vater der französischen Saarpolitik, der 1945 - wohl auch "in europäischem Geiste" - die glatte Annexion der Saar forderte, Adenauer die Pistole auf die Brust. Mit entwaffnender Unverschämtheit preist er die französische Tunesienpolitik an der Saar als Befreiung der armen Bevölkerung vom deutsch-preußischen Joch: "Zum erstenmal in der Geschichte wird den Saarländern Gelegenheit geboten, in voller Gleichberechtigung an der Ausbeutung und Verwaltung ihrer Gruben teilzunehmen".

Von der Unverschämtheit mit lächelnder Miene hat der Kanzler bei seinem Besuch in Paris persönlich ein Stück zu spüren bekommen. Kaum war er aus der Tür - man hatte über die Gründung der "Europäischen Gemeinschaft" gesprochen! - da wurden hinter ihm die "Staatsverträge" mit dem Grotewohl des Saargebiets unterzeichnet. "Nicht sehr höflich" hat Adenauer gesagt. Wir könnten sagen, daß es seine Sache, ja sein Verdienst sei, sich schlecht behandeln zu lassen. Aber es geht nicht nur um seine Person. Die Herausforderung gilt Deutschland.

Die Unterzeichnung der neuen Verträge bedeutet das völlige Scheitern der Saarpolitik des Kanzlers. Seine These hieß: Die Integration löst die Saarfrage. Bidault handelt umgekehrt: Mit der Integration erpreßt man die endgültige Lösung der Saar von Deutschland. Bidault selbst beschreibt die Funktion der neuen Konventionen. Sie hätten die doppelte Absicht, die Wirtschaftsunion Frankreich-Saar zu bestätigen und deren Durchführungsbestimmungen zu lockern. Das heißt, die Losreißung des deutschen Gebiets wird bestätigt und möglichst dauerhaft gemacht. Das "Lockern" geht bekanntlich auf einen Brief Schumans zurück, in dem sinnigerweise vier Tage vor der Landtagswahl vom 30. November vorigen Jahres den Wählern die Lockerungen versprochen wurden. Eine damals in Aussicht gestellte "Lockerung" ist jetzt gänzlich unter den Tisch gefallen. Es ist keine Rede mehr von der Aufhebung der Sequesterverwaltung der Stahlwerke. In die Grubenverwaltung werden allerdings einige deutsch sprechende und französisch handelnde Direktoren einzichen. Insgesamt bleiben Politik und Wirtschaft der Saar fest in der Hand von Geburts- und Wahlfranzosen.

Dieses neue Stück alter imperialistischer Politik wird natürlich zeitgemäß mit süßester europäischer Sauce sorviert. Bei den Verhandlungen hat man immerzu an "die höheren Belange der europäischen Gemeinschaft" gedacht. Frankreich hat endgültig den Beweis erbracht, "daß es dem nunmehr vollkommen autonomen Saarland gegenüber keinerlei politische Hintergedanken hegt". Man schließt die Verträge nur "in Erwartung eines europäischen Statuts", das durch sie erleichtert werde.

Die neuen Verträge beschließen einen Abschnitt der Saarpolitik, der aggressiven französischen und der erfolglosen, von Anfang an falsch geknüpften der Bundesregierung. Man könnte sich vorstellen, daß unser Bundeskanzler der letzten Saardebatte des ersten Deutschen Bundestages nicht sehr freudig entgegensteht.

EWG-Vertrag mit belgischer Verfassung unvereinbar

H.P.-Brüssel

Der belgische Staatsrat, der die Verfassungsrechtlichkeit des EWG-Vertrages prüfen sollte, hat in seiner Mehrheit das Urteil gefällt: "Dieser Vertrag steht im Gegensatz zur konstitutionellen Norm". Dennoch versucht die Christlich-Soziale-Partei Belgiens sich hierüber hinwegzusetzen und die Ratifizierung der Verträge im Parlament durchzusetzen. Max Buset, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Belgiens, hat hierzu im "Peuple" vom 30. Mai folgende Erklärung abgegeben:

1. Ich werde als Mitglied des jetzigen Parlaments nicht für die Verträge stimmen. Ich habe genug von den juristischen Spitzfindigkeiten und mit den Freiheiten, die sich der belgische Gesetzgeber mit seinem Treueschwur zur Verfassung herausnimmt- oder die man ihn vielmehr zwingt sich herauszunehmen.
2. Eine Änderung dieser meiner Stellungnahme kommt nur in Frage, wenn ich Mitglied einer Gesetzgebenden Versammlung werden sollte, deren Aufgabe es ist, die Verfassung den internationalen Erfordernissen der Jetztzeit anzupassen und in der gleichen Legislaturperiode auch über die politische Gemeinschaft zu entscheiden, in der ich ein unerlässliches Korrektiv für die gewichtigen Unzulänglichkeiten des Vertragswerkes sehe.
3. Da ich nicht das geringste Verlangen danach habe, als Einzelgänger aufzutreten, hoffe ich, daß unser Parteivorstand sich möglichst bald hierzu äußern wird".

Noch interessanter als diese Erklärung Busets sind die Äußerungen Spaaks vor der Parlamentskommission, die zum Urteil des Staatsrates Stellung nahm. Spaak, dessen "Europäertum" oft genug von den deutschen Regierungs-Koalitionsparteien betont und der SPD als mustergültig vorgehalten wurde, analysiert das Urteil des Staatsrates und kommt zu dem Schluß, daß der EWG-Vertrag in Gegensatz zur konstitutionellen Norm stehe. Der Staatsrat kenne nur einen einzigen Fall, in dem das Parlament eine Verfassungsrevision vorwegnehmen dürfte: Wenn höhere Gewalt, also eine unmittelbare Angriffsfahr vorliege.

Spaak fuhr dann fort:

"Das Volk wird Ihre Hochschulübungen nicht begreifen. Legen Sie ihm die Verfassungsartikel und die Vertragsklauseln vor. Sie werden noch so 'spitzfindig', noch so subtil sein können, es wird Ihnen sagen, daß beide unvereinbar miteinander sind. Ihre Spitzfindigkeiten werden vom gesunden Menschenverstand des Volkes zurückgewiesen werden! Unserer Verfassung nach hatten wir eine nationale belgische Armee, die vom König befehligt wurde, und die der Kontrolle des Parlamentes und des Rechnungshofes unterstand".

"Diesem Vertrag nach wird es aber keine belgische Armee mehr geben. Der König wird keine Befehlsgewalt mehr ausüben. Das Parlament wird drei Viertel seiner Prärogative beraubt sein und der Rechnungshof wird völlig fallen gelassen. Warum tun Sie so, als ob man dies verbergen müßte?"

P.H. Spaak zitierte sodann eine ganze Reihe von Vertragsklauseln, aus denen völlig klar hervorgeht, daß Verfassung und EVG-Vertrag unvereinbar sind. "Wenn die Regierung, nachdem sie ein Jahr lang gewartet hat, bevor sie plötzlich die "Dringlichkeit" entdeckte, behauptet, all dies sei normal, dann sage ich, daß sie sich in eine unhaltbare Position begeben hat".

Wenn die durchaus gerechtfertigten verfassungsrechtlichen Bedenken die belgischen Sozialisten dazu bringen, ihre Stellung zum EVG-Vertrag zu revidieren, dann dürften die viel schwerwiegenden Gründe der SPD für die Ablehnung des EVG-Vertrages, der die Wiedervereinigung Deutschlands ernstlich gefährdet, wohl bald auch von all denen verstanden werden, die bisher glaubten, sich hierüber hinwegsetzen zu können. Dafür zu sorgen, daß die Einsicht nicht zu spät kommt, wird die Aufgabe des deutschen Volkes in der bevorstehenden Bundestagswahl sein...

+ + +

Der Bundeskanzler erteilt Persilscheine

dt - Hannover

Was die Bundesleitung der FDP seit Bad Ems krampfhaft zu verhindern sucht, wird nun in Hannover über die politische Bahn gehen: Die Auseinandersetzung zwischen "links" und "rechts" innerhalb der Partei der Freien Demokraten. Es ist in Niedersachsen die Fronde der alten Liberalen gegen den Landesvorstand, an der Spitze der Bundestagsabgeordnete Arthur Stegner.

Die Gegensätze, die heute offen ausgebrochen sind, stammen aus dem Jahr 1948, als Stegner, nach dem Krieg erst aus Kattowitz nach Niedersachsen gekommen, unter noch nicht restlos geklärten Umständen den alten Demokraten Henkel in der Parteiführung ablöste. Die Demokraten wehrten sich damals wacker, aber sie waren dem betriebsamen Stegner nicht gewachsen. Stegner zog im Haus der Landesgeschäftsführung in der Heiligerstraße ein. Von nun an hieß dieses Gebäude im Parteijargon nicht mehr anders als das "Braune Haus". Allmählich sperrte er die ehemaligen Parteiangehörigen aus, und Stegner-Männer zogen ein. Es waren alles Neudemokraten, zumeist aus Kattowitz wie Stegner oder aus Oberschlesien. Die erste Geige übernahm Horst Huisgen, einst JH-Gebietsführer von Kattowitz und Mitglied von Hitlers Reichstag. Er wurde Landesgeschäftsführer. Der ehemalige Oberbannführer von Oppeln, Bänisch, wurde Landesorganisationsleiter, der ehemalige NSFK-Funktionär Brinkmann, der SS-Oberführer Adams wurden Referenten im Landesvorstand, ebenso der ehemalige Oberbürgermeister von Kattowitz.

Die Liste der "Jungen Männer" Stegners ist damit nicht erschöpft. Immer häufiger ließ sich Stegner Satzungsänderungen sanktionieren, sein Ernennungsrecht wuchs in gleichem Maße wie das Stimmrecht der Mitglieder abnahm; aus der ursprünglich demokratischen Organisation wurde, wie die teils resignierenden, teils abgedrängten alten Liberalen heute sagen, eine "Funktionärs-Partei". Auch in die Landtagsfraktion brach Stegner ein, ohne aber diese letzte Bastion der Liberalen vollständig erobern zu können.

Von dieser Fraktion ging auch der Schuß gegen Stegner los. Während Vizekanzler Blücher den Krönungsfrack in sein Londoner Gepäck senkte, erhielt er aus Hannover die Aufforderung, Stegner wegen Naumann, wegen geförderter Unterwanderung der Partei und wegen der ohne Wissen der Fraktion in Bonn betriebenen Verhandlungen um eine Umbildung der Niedersachsen-Regierung von seinem Amt zu suspendieren und einem Parteigericht auszuliefern. Blücher reagierte wie alle die Jahre auf verschiedene "Reinigungsversuche": "Um Gottes Willen nichts veröffentlichen" telegraphierte er nach Hannover und begab sich nach London.

Stegner dreht nun den Spieß um. Von der Kamerbelastung entnazifizierte ihn der FDP-Bundestagsabgeordnete Onnen, bzw. der Bundeskanzler Dr. Adenauer, ließ Onnen sofort erklären, habe bestätigt, daß weder Stegner noch der Landesverband durch Naumann belastet sei, im Gegenteil, Stegner habe wertvolle Arbeit geleistet. "Damit", so sagt Stegner, "ist das Ausgangsgebäude der hannoverschen Clique, die durch einen kalten Putsch die Macht ergreifen wollte, zusammengebrochen". Gleichzeitig drückte Stegner auf den Knopf seines Funktionär-Apparates und es regnete Ergebnis-Telegramme aus dem ganzen Land. Dann enthüllte Stegner die "wahren Absichten der hannoverschen Clique", man habe auf Bundesebene eine Koalition FDP/SPD vorbereiten wollen, was er entschieden ablehne. Und so verlangt nun Stegner seinerseits den Ausschluß der "Frondeure".

Der Bundeskanzler, der über Onnen die Weste Stegners blankbürstete, ist damit nicht zum ersten Male im Schoße der niedersächsischen FDP zitiert worden. Das war schon einmal geschehen, genau vor einem Jahr. Am 20. Mai 1952 vereinbarte Landesgeschäftsführer Huisgen, Stegners Verbindungsmann zum Naumann-Kreis, schriftlich mit Ex-Gauleiter Karl Kaufmann-Hamburg ein Treffen mit Stegner. Ex-Gebietsführer Huisgen gab dabei dem Ex-Gauleiter eine eingehende Schilderung von einer vertraulichen Unterredung des Hauptausschusses der Gesamt-FDP, die den ablehnenden Standpunkt der Parteileitung gegen die Westverträge behandelte. Wörtlich schrieb Huisgen dann: "Stegner wird unerschütterlich bleiben. Es wird gut sein, wenn Sie mit ihm gerade diese Fragen um den General-Vertrag eingehend besprechen. Er ist ja leider der einzige Gegenspieler von Adenauer und hat es schon aus diesem Grunde allgemein schwer. Ein solcher Mann benötigt selbstverständlich und gerade jetzt die Gewißheit, daß es breite Volksschichten gibt, die sein Handeln und seinen Kampf gegen die Übermacht im Parlament verstehen, ja dringend wünschen".

Als Stegner vor kurzem wegen seiner Beziehungen zum Naumann-Kreis gestellt wurde, erklärte er, er habe diese Leute aufgesucht, um sie dem demokratischen Leben zuzuführen. Vor einem Jahr war das anders, da brauchte "der einzige Gegenspieler von Adenauer" Rückenstütze "breiter Volksschichten", die vermutlich der Ex-Gauleiter Kaufmann vertritt. Nichts zeigt deutlicher als dieser Brief, wie berechtigt der Kampf der "kleinen hannoverschen Clique" ist. Ob sie den Kampf gewinnen wird, steht auf einem anderen Blatt. Denn den Parteiapparat hat Stegner in der Hand.